

# Der letzte (Bunker)Sommer

Am 9. Dezember 1997 beschließt das Bundeskabinett, den „Ausweichsitz der Verfassungsorgane in Marienthal aufzugeben“.

Eine Entscheidung, der ein monatelanges Kräftemessen zwischen den Bundesministerien der Verteidigung (BMVg) und des Innern (BMI) vorausging.

Dabei gibt es eine kuriose Rollenverteilung: Das BMI als „Hausherr“ und Betreiber des Regierungsbunkers konstruiert auf teilweise abenteuerliche Weise eine Gefahrenlage, die vom Bunker selbst ausgehe. Brandschutz, Asbestver-seuchung, völlig veraltete Technik und viel zu hohe Unterhaltskosten werden bemüht, um sich möglichst schnell von diesem Relikt des Kalten Krieges zu verabschieden.

Das BMVg hält dem entgegen: Ein Staat wie Deutschland brauche einen Regierungsbunker und mit Blick auf die internationale Sicherheitslage könne keineswegs davon ausgegangen werden, dass es keine Bedrohungslage mehr gäbe. Die „Selbstfindung“ der Russischen Föderation mit ihren Begleiterscheinungen, eine „instabile Zone vom nordwestlichen Afrika bis zum Indischen Ozean“ wie auch Forschung und Entwicklung an Atomwaffen in Staaten „außer Kontrolle“ werden – aus heutiger Sicht durchaus nachvollziehbar – als Ausgangspunkt für internationale Krisen genannt. Ein Regierungsbunker mache somit auch in Zukunft Sinn.

Doch das Verteidigungsressort kann sich mit seiner Forderung, den bestehenden Bunker nach einer umfangreichen Modernisierung weiter zu betreiben, nicht durchsetzen und stimmt am 26. September 1997 zu, die Anlage im Ahrtal abzuschalten. In den Folgetagen stellt das BMI eine „Liste des Schreckens“ zusammen. Deren Botschaft ist eindeutig: aus der Überlebenskapsel Regierungsbunker ist ein Ort geworden, von dem akute Lebensgefahr ausgehe.

Die Geheimdokumente zu diesen Vorgängen beschreiben aber auch Überlegungen und weitere Planungen, über die bis heute nichts bekannt ist. 1997 als Verschluss-sache (VS) deklariert, unterliegt die Masse der Dokumente bis 2027 der Geheimhaltung.

Doch diese Front bröckelt, denn das BMVg hat über das Bundesarchiv in Freiburg jüngst Akteneinsicht gewährt in die Bunker-Abläufe der Jahre 1996, 1997 und 1998. Im Ergebnis kann nun erstmals die jüngere Bunkergeschichte dargestellt werden.

20 Jahre später lässt sich über die Aufarbeitung dieses ungewöhnlichen VS-Konvoluts einiges mehr erklären, als nur der Zustand des rückgebauten Regierungsbunkers. Denn bereits Wochen vor dem endgültigen Aus am 9. Dezember 1997 werden Optionen eines künftigen Schutzbauwerks für die Verfassungsorgane geprüft und aktive oder ausrangierte Bunkeranlagen besichtigt.

Dabei spielt sogar der Ahrbunker eine Rolle. Die „vollständige Entkernung“ wird in den Geheimdossiers als Voraussetzung für die künftige Nutzung und umfangreiche Revitalisierung genannt ...

(11. August 2017)

Abstrampeln im und für den Bunker: Fahrräder für die Mitarbeiter des Ausweich-sitzes, die ihn bis 1997 in Schuss halten.